

Nicht verhinderte Krisen und die Fragwürdigkeit der Autonomie des handelnden Subjekts

KARL GEORG ZINN

Die folgenden Überlegungen bieten weder eine detaillierte Kritik der in den westkapitalistischen Ländern dominierenden Wirtschaftsdeologie, des auf den Neoliberalismus eingeschworenen Mainstreams, noch werden die seit langem bekannten Gegenpositionen ausführlicher referiert, die vor allem auf den Theorien von John Maynard Keynes und Karl Marx gründen. Zu beiden Themenkomplexen, Kritik am Mainstream und Gegenentwürfe zum gegenwärtigen Kapitalismus, liegt eine praktisch nicht mehr überschaubare Fülle an Literatur vor. An dieser Stelle interessieren hingegen vornehmlich die folgenden drei Fragenkomplexe:

- Welcher Wandel vollzog sich in den westkapitalistischen Volkswirtschaften nach dem Auslaufen des rasanten Wachstums während der ersten Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges?
- Wie sind die gegenwärtig in der politischen Rhetorik verkündeten Absichtserklärungen, zukunftsweisende Reformen in Gang zu bringen, im Hinblick auf ihre Realisierungschancen einzuschätzen?
- Schließlich wird im letzten Abschnitt – über die engeren Grenzen des Ökonomischen hinausgehend – etwas ausführlicher erörtert, warum es bisher nicht gelungen ist, die ökonomisch-technischen *Möglichkeiten* zu nutzen, große Wirtschaftskrisen zu vermeiden und der planetarischen Krise wirksam zu begegnen. Der schwedische Nationalökonom Knut Wicksell hatte in einem allerdings zu wenig beachteten Aufsatz bereits 1907 (Wicksell 1958/1907) die Folgen der demographischen Explosion für die Umwelt unmissverständlich umrissen: Es würden an immer mehr Menschen lediglich mehr Löffel ausgeteilt, aber der Topf mit Haferbrei, aus dem sie sich nähren, bleibt unverändert. Kurz gesagt, wir kennen die absoluten Grenzen, die der endliche Planet Erde uns setzt. Wir können also auch die bevorstehende Katastrophe vorhersehen. Dennoch wird der vom

Menschen gemachten und deshalb auch von ihm prinzipiell abwendbaren Katastrophe offensichtlich nicht mehr rechtzeitig entgegengewirkt. Warum ist das so? Im letzten Abschnitt wird eine Annäherung an eine Antwort versucht.

WAS HATTE SICH NACH DEM AUSLAUFEN DES NACHKRIEGSWACHSTUMS VERÄNDERT?

Im Vergleich zwischen den ersten Jahrzehnten relativ stabilen Wirtschaftswachstums nach Ende des Zweiten Weltkrieges und den dreißig Jahren der neoliberalistischen Ära seit Mitte der 1970er Jahre fällt vor allem die zunehmende Verselbständigung der finanzkapitalistischen Sphäre, ihre Lösung von den realwirtschaftlichen Prozessen und die damit eskalierende Spekulationswirtschaft ins Auge. Diese zur großen Krise treibende Entwicklung wurde zwar politisch durch Überliberalisierung und zunehmende Duldsamkeit gegenüber der Spekulation ausgelöst bzw. gemacht und von der Mainstream-Ökonomik „wissenschaftlich“ untermauert, aber warum fielen die Ausgangsentscheidungen überhaupt zugunsten des „schlechten“, neoliberalen Kapitalismus? Offenbar hat sich die Politik den Systemzwängen unterworfen, anstatt das System in dem Moment in Frage zu stellen, als sich abzeichnete, dass die dem Kapital nach dem Zweiten Weltkrieg angelegten sozialstaatlichen Fesseln hätten erneuert und verstärkt werden müssen, statt sie zu lösen. Das kapitalistische System wurde nicht von „außen“ gestört, wie seine Apologeten behaupten, sondern sein Mechanismus erzeugte endogen die Wachstumskrise(n), und darauf reagierte der Überbau, d.h. Politik, Kapitalfraktion und Wirtschaftswissenschaft, – und zwar mit der Folge der Problemverschärfung bis hin zur gegenwärtigen großen Krise.

Die tragenden Wachstumskräfte der Nachkriegsepoche, Nachholbedarf von Konsumenten und Investoren, Wiederaufbau, Konversion zur Friedenswirtschaft, Anwendung verfügbarer Technologien für zivile Zwecke usw., hatten sich seit Mitte der 1960er Jahre zunehmend abgeschwächt. Trotz herausragender Innovationen (Stichwort: mikroelektronische Revolution) ließ sich nach Mitte der 1970er Jahre das hohe Wachstum nicht mehr regenerieren. Damit begann eine neue Phase des westlichen Kapitalismus. Das verfügbare Geldkapital wurde nicht mehr vollständig von produktiven Sachinvestitionen absorbiert und suchte sich deshalb in steigendem Umfang Rendite in Spekulationsgeschäften. Keynes hatte bereits während des Zweiten Weltkrieges prognostiziert, dass sich die hoch entwickelten kapitalistischen Länder nach Auslaufen des Nachkriegswachstums auf *dauerhaft* niedrige Wachstumsraten, schließlich auf ganz ausbleibendes Wachstum einstellen müssten (vgl. Keynes 1980/1943). Unabhängig von Keynes gelangte der französische Sozialökonom Jean Fourastié 1949 zum gleichen Ergebnis (vgl. Fourastié 1954/1949). Das Beschäftigungsproblem ließe sich somit nicht mehr via Wachstum lösen, sondern letztlich müsste die durchschnittli-

che Arbeitszeit schrittweise reduziert werden. Die Keynes-Fourastiésche Prognose wurde von der Wirtschaftsgeschichte der vergangenen sechzig Jahre bestätigt. Doch weder die Vorhersage noch gar die wirtschaftspolitischen Empfehlungen für das „neue Zeitalter“ der Stagnation wurden zur Kenntnis genommen, geschweige denn als wirtschaftspolitisch relevant anerkannt. Deshalb wird auch bei der momentan modisch gewordenen medialen Wiederbelebung des von der Mainstream-Ökonomik abgehalfterten John Maynard Keynes in bundesdeutschen Massenmedien allem Anschein nach darauf geachtet, nur das systemkonform Verwertbare aus der Theorie des großen Ökonomen publik zu machen, aber seine „linken“ sozialetischen Vorstellungen und die über den Status-quo-Kapitalismus hinausweisende Stagnationstheorie sowie sein Plädoyer für Makroplanung zu ignorieren (vgl. Zinn 2008: 13-43). Doch auch wenn der „radikale Keynes“, um an eine Keynes-Interpretation von Robert Lekachman aus dem Jahr 1977(!) anzuknüpfen, der gegenwärtig noch ein Unbekannter ist, wird er nach der nächsten großen Krise die wirtschaftspolitische Agenda bestimmen – bestimmen müssen. Denn dann wird sich das System selbst die „Systemfrage“ stellen. Dann nämlich dürften sich nicht nur notwendige, sondern hinreichende Bedingungen für die Transformation des Kapitalismus derart ergeben, dass der Kapitalfraktion ihre breite Anhängerschaft verloren geht, weil jener die Mittel ausgehen, diese weiterhin zu korrumpieren. Als Wegweiser für den Transformationsprozess könnte sich dann Keynes' „Sozialphilosophie“ bewähren, wie Lekachman schon vor mehr als drei Jahrzehnten mutmaßte:

„I end on a note of tempered optimism. It is unlikely that any advanced economy will successfully yoke together full employment, price stability and steady growth without substantial alterations of existing institutional arrangements and distributions of income, wealth and market power. It is possible, though not highly probable, that the inevitable drift toward planning will be in the wholesome direction of full employment and economic equity. Should the future be this pleasant, Chapter 24 of the *General Theory* will become a sacred text and Keynes's hope that economists will become citizens as useful as dentists will at length become reality“ (Lekachman 1977: 66).

Doch noch ist der „radikale Keynes“ nicht en vogue. Noch wirkt der längst zum Wachstumsfetischismus mutierte Wachstumsglaube als Tabu gegen alle Entwürfe einer Welt des „Wohlstands ohne Wachstum“. Eine Art Kapitalismus ohne Wachstum, d.h. auch ohne Akkumulation, ist wahrscheinlich *möglich*, aber den Funktionseliten des Status quo noch unvorstellbar. Deshalb ist es unrealistisch zu erwarten, dass ausgerechnet unter den heutigen Krisenbedingungen der ausufernden Staatsverschuldung, der erneut steigenden Arbeitslosenzahlen, des Zwangs, Überkapazitäten abzubauen und Firmen pleite gehen zu lassen, jene „reformkapitalistischen“ Projekte eine Chance haben, die vor 30 oder 20 Jahren unter noch sehr viel günstigeren Bedingungen versäumt wurden. Notwendig wäre jetzt eine tiefgreifende po-

litökonomische Diskussion, die weit über die Auflistung von krisenpolitischen Instrumenten hinausgehen müsste und die Systemfrage zu erörtern hätte, wenn die allenthalben sichtbaren Tendenzen, zum business as usual zurück zu kehren, nicht die Oberhand behalten sollen.

VOM SCHLECHTEN ZUM GUTEN KAPITALISMUS – VORWÄRTS ODER RÜCKWÄRTS?

Die tiefen Wunden, die die globale Wirtschaftskrise schlägt, werden nur langsam heilen und schmerzende Narben hinterlassen. Überraschend wie ein plötzliches Unwetter sei die Krise hereingebrochen und kaum jemand habe vorhergesehen, was sich ereignen würde. „Kaum jemand“, aber immerhin wurden nach dem September 2008 von den Medien einzelne Autoren präsentiert, die schon vor dem Crash erkannt und darauf hingewiesen hatten, wohin die Entwicklung treiben würde. Die Argumentation der frühen Warner enthält zumindest implizit auch die Behauptung, dass es möglich gewesen wäre, die *große* Krise zu vermeiden, und allenfalls wäre wieder eine der seit fast 200 Jahren bekannten konjunkturellen Rezessionen eingetreten. Dass und warum den „Propheten“ nicht geglaubt wurde, fällt jedoch bereits aus dem Blickfeld jener mit sensationellem Unterton auf den Außenseitersockel gehobenen Vorausdenker. In der Wirtschaftspresse und im Quoten-TV wird zudem selektiert: Kritik ist willkommen, aber doch lieber nur von solchen Kritikern der blamabel gescheiterten Mainstream-Ökonomik, die wie Akerlof, Krugman, Roubini, Shiller, Stieglitz et al. nichts grundsätzlich am Kapitalismus auszusetzen hatten und haben, sondern eben nur wissen oder zu wissen behaupten, wie sich der schlechte Kapitalismus der Neoliberalen in einen guten mit Vollbeschäftigung und so etwas wie sozialer Gerechtigkeit verwandeln ließe. Kritik also nicht an den kapitalistischen Verhältnissen, sondern nur am ökonomischen Mainstream, dem vorgeworfen wird, „schlechten“ Kapitalismus propagiert zu haben. Die öffentliche Debatte findet jetzt sozusagen zwischen „Reformkapitalisten“ und „Status-quo-Kapitalisten“ statt. Radikale Positionen – etwa vom Schlage der Baran-Sweezy-Schule (vgl. Foster/Magdoff 2009, Samin 2009) haben nach wie vor keine Chance, in die breite Öffentlichkeit gebracht zu werden (vgl. Storbeck 2010a).

Die Vorstellungen der Reformkapitalisten erscheinen durchaus sympathisch, denn wer – außer den Profiteuren des während der vergangenen dreißig Jahre praktizierten Marktradikalismus – wäre nicht für Vollbeschäftigung bei menschenwürdiger Entlohnung, für human angemessene Sozialleistungen, für geringere Einkommens- und Vermögensungleichheit usw. Doch warum kam es denn überhaupt zu der jahrzehntelangen Umverteilung von unten nach oben, zu der sich überschlagenden Politik von Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung etc.? Gier, Dummheit, Leichtsinn und andere menschliche Schwächen liefern keine Ursachenerklärung für das,

was geschehen ist. Die Ursachen liegen in den sozialökonomischen Verhältnissen. Wenn den „geborenen“ Spekulanten das Spekulieren so leicht gemacht wird, folgen sie eben ihrer inneren Disposition. Die Verhältnisse ließen – und lassen schon wieder – jenen bedenklichen menschlichen Neigungen die „Freiheit“, sich hemmungslos auszutoben. Gier, verantwortungsloses Spekulieren etc. wurden als bewundernswerte Tugenden ideologisch aufgewertet, und deren finanziellen Resultate wurden umstandslos als „Leistung“ gepriesen. Die erst nach dem September 2008 populär gemachte Personalisierung und Moralisierung der Probleme dienen vor allem der Ablenkung von den wahren Ursachen des Übels und entlasten die großen und kleinen Systemagenten aus Politik, Bürokratie und Wissenschaft. Doch auch die Strippenzieher und Hintergrundaktivisten folgten „nur“ den Systemvorgaben und der systemkonformen Ideologie vermeintlich effizienter Märkte und rationaler Erwartungen. Mit der großen Krise haben sich aber weder die Institutionen noch die Köpfe verändert. Das spricht dafür, dass die Rückkehr zum business as usual hoch wahrscheinlich ist, und in der Tat wird bereits über die nächste Blase und die nächste Krise gemunkelt. Unsicher sind sich die Gurus nur, wann und wo die Blase platzen wird (vgl. Hackhausen/Panster 2010).

DETERMINIERTE REALITÄT UND DIE MÖGLICHKEIT ZUR VERÄNDERUNG

Die große Wirtschaftskrise zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt ebenso wenig einen „schicksalhaften“ Vorgang dar wie die drohende planetarische Krise, von der die Menschheit spätestens seit dem berühmten ersten Bericht des „Club of Rome“ über die „Grenzen des Wachstums“ von 1972 nicht nur umfassende Kenntnis erhalten hatte, sondern sie wurde auch darüber informiert, wie die Krise (damals) noch abzuwenden gewesen wäre. Inzwischen könnte es bereits zu spät dafür geworden sein. Jedenfalls legt das die jüngste, dritte Untersuchung zu den „Limits to Growth“ von 2004 nahe (Meadows/Randers, 2008). Nicht *prinzipielle* Unmöglichkeit stand der vor dreißig Jahren noch möglichen Korrektur des Katastrophenkurses entgegen, sondern die sozioökonomischen und politischen Verhältnisse, also historische Bedingungen, verhinder(te)n, dass die Warnungen ernst genommen und ihnen gefolgt wurde.

Geschichte, hier die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, wird zwar von Menschen gemacht, aber sie handeln unter jeweiligen historischen Bedingungen, die als determinierende Faktoren auf das menschliche Handeln wirken. Im Unterschied jedoch zur Naturentwicklung nach festen Gesetzen unterliegen historische Prozesse keinen solch unabänderlichen Gesetzmäßigkeiten, sondern was als „historische Gesetzmäßigkeit“ erscheint, ist eher eine Regelmäßigkeit, die gegebenenfalls durch menschliche Intervention auch außer Kraft gesetzt werden kann. Einsicht in den historischen Sachverhalt

und das auf dessen Reflexion basierende Eingreifen des Menschen in die historischen Ursache-Wirkungs-Sequenzen vermögen diese zu unterbrechen und ihren Verlauf zu modifizieren. In der Entwicklung der Natur gibt es beispielsweise keine Parallele zu den *historischen* Phänomenen der Selbsterfüllung und der Selbsterstörung von Prognosen, die durch bewusst an Zukunftsentwürfen orientierte Interventionen des Menschen in den geschichtlichen Ablauf zustande kommen. Die menschliche Fähigkeit der Zeitrepräsentation, d.h. Vergangenheit und Zukunft im Denken vorzustellen und Zukunftserwartungen zu bilden, ermöglicht prinzipiell, bewusst zukunftsbezogene Interventionen zu planen und durchzuführen. Die Tatsache, dass *Möglichkeiten* ignoriert und verworfen werden, Schaden von Mensch und Natur, von Gesellschaft und Wirtschaft, von Volk und Nation abzuwenden, gehört zwar zu den wiederkehrenden Dramen der Menschheitsgeschichte, widerlegt aber nicht die *Möglichkeit* rechtzeitiger Interventionen gegen eine *bedrohliche* Entwicklung. Wäre das historisch Wirkliche immer auch das einzig Mögliche, so hätte der Geschichtsfatalismus Recht, und es gäbe keinen Sinn, sich darüber Gedanken zu machen, zu welchem Zweck und wie in geschichtliche Abläufe interveniert werden könnte und sollte.

Der resignative Seufzer, aus der Geschichte werde nicht gelernt, mag auf den ersten Blick gerechtfertigt erscheinen, denn immer wieder stellt sich nachträglich heraus, dass etwas und was falsch gemacht wurde. Das wird beispielsweise ganz sicher bei den von den USA im Irak und in Afghanistan geführten Kriegen der Fall sein, denn weder dem amerikanischen Kapitalismus noch gar dem amerikanischen Volk wird daraus Gedeihliches erwachsen. Vielmehr beschleunigen die materiellen Kriegslasten und vor allem die weitere Steigerung des „Hass[es] auf den Westen“ (Ziegler 2009) den relativen Abstieg des nordatlantischen Blocks – und den Aufstieg Ostasiens. Doch es gibt auch Beispiele dafür, dass aus der Geschichte gelernt wurde. Gerade die akute Krise zeigt das. Wie panikartig und planlos die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die gegenwärtige Krise sich auch ausnehmen mögen, dass der Staat überhaupt massiv intervenierte, dabei die neoliberalistische Staatskritik kurzerhand über Bord warf und dass jetzt immerhin überlegt wird, wie sich die Spekulation künftig in „geordnete Bahnen“ bringen lässt, verdankt sich der historischen Erfahrung mit der Großen Depression nach 1929 sowie auch einigen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen, die danach das Licht der Welt erblickten – nicht zuletzt der ausgearbeiteten Keynesschen Theorie. Stellen wir uns vor, die gegenwärtige Krise wäre die erste große Wirtschaftskrise oder die Kenntnis der Vergangenheit sei völlig ausgelöscht worden. Die Anhänger des neoliberalistischen Anti-Interventionismus hätten höchstwahrscheinlich auch während der Krise an ihrem Marktglauben festgehalten – und alles der „Bereinigung“ durch den sich vermeintlich selbst stabilisierenden Marktmechanismus überlassen. Ihre alte Verteidigungsrede, die sie bei jeder Krise wiederholen, die Krise sei durch von „außen“ einwirkende Störungen verursacht – durch Lohnforderungen, durch sozialstaatliche Wohltaten, durch Anspruchsdenken etc.,

etc. – hätte vermutlich Wirkung gehabt, so wie das ja nach 1929 erst einmal der Fall gewesen war.

Historische Erfahrung, neue wissenschaftliche Erkenntnisse und ihre möglichst breite Vermittlung sind vielleicht noch keine hinreichenden, aber sicherlich notwendige Voraussetzungen dafür, dass die *Möglichkeiten*, Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen, sie abubrechen und sogar von vorn herein zu vermeiden, immer besser genutzt werden. „Wir“ – d.h. die knapp 15 Prozent der Weltbevölkerung in den reichen, westlichen Demokratien – verfügen durchaus über die Mittel, Aufklärung und Emanzipation sehr viel energischer voran zu treiben, als dies bisher und insbesondere während der vergangenen dreißig Jahre restaurativen Kapitalismus geschah. Dringlich sind beispielsweise

- eine Bildungs- und Erziehungspolitik, die darauf zielt, umfassend informierte, weltoffene, kritische, gesellschaftlich und politisch aufgeschlossene, kurz: demokratisch mündige Menschen hervorzubringen, deren Motivation und Intelligenz nicht dafür missbraucht werden, sie zu bequem „verwertungsfähigen“ Arbeitskräften zu degradieren;
- die institutionelle Absicherung einer pluralistischen Wissenschaft, um die Monopolisierung bestimmter Lehrmeinungen zu verhindern, wie sie mit eklatant negativen Effekten während der neoliberalistischen Ära an den meisten wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der westkapitalistischen Länder herbeigeführt wurde;
- eine von Partialinteressen, insbesondere reinen Kapitalinteressen unabhängige Medienlandschaft – denkbar u.a. durch Selbstbestimmung und Selbstrekrutierung der Redaktionen aller Massenmedien;
- institutionelle Vorkehrungen und Sanktionen gegen Klientelpolitik der dem Gemeinwohl verpflichteten Regierungen, was nicht zuletzt erfordert, die offenen und versteckten Korruptionspraktiken, denen Regierung und Staatsbürokratie nicht nur ausgesetzt sind, sondern denen sie viel zu oft auch unterliegen (Tillack 2009, Transparency 2009), als strafrechtlich relevant zu ahnden.

Vorstehende Hinweise sind selbstverständlich nur als Richtungsangabe zu verstehen, auf welchen Wegen die Gesellschaft Wissen in ihrem Eigeninteresse mehren, sich aneignen und politisch handlungswirksam machen sollte, wie also Aufklärung im emphatischen Sinn des Kant'schen „sapere aude“ praktisch gemacht werden kann. Damit würde sich die Wahrscheinlichkeit erhöhen, die möglichen Alternativen zum schlechten Status quo zu erkennen und sie auch zu realisieren. Die Zahl der einem Menschen bewusst werdenen Handlungsoptionen hängt nicht zuletzt von seinem Wissens- und Erfahrungsschatz ab. Je umfassender und vielfältiger das Wissen und die im Erfahrungsgedächtnis abgespeicherte Weltkenntnis eines Menschen ausfallen, desto mehr Optionen werden beim rationalen Abwägen von alternativen Handlungsmöglichkeiten seinem inneren Auge sichtbar, und auch die Fä-

higkeit, die erwünschten und unerwünschten Konsequenzen der verschiedenen Optionen zu vergegenwärtigen, wird sich verbessern. Wissen und Erfahrung treten jedoch in zwei recht verschiedenen Typen des Weltverständnisses auf – als empirisch-wissenschaftliches und als glaubensverankertes. Ersteres ist prinzipiell falsifizierbar und wird aufgrund rationaler Überlegungen gegebenenfalls revidiert bzw. verworfen. Das trifft auf „Glaubenswahrheiten“ in der Regel nicht zu, seien sie ideologisch, theologisch oder wie auch immer fundiert. Empirisch-wissenschaftliche Hypothesen darüber, wie die Welt beschaffen ist, unterliegen kognitiven Verarbeitungsprozessen und lassen sich von logischer Argumentation stützen oder widerlegen. Glauben sperrt sich hingegen aufgrund seiner emotionalen Verankerung gegen logische Einwände. Soweit in vermeintlich wissenschaftlichen Gedankengebäuden Glaubensvorstellungen enthalten sind – etwa der bis auf den Deismus des 18. Jahrhunderts zurückzuführende Glaube an die Selbstoptimierung „freier“ Märkte¹ – sind die Anhänger des betreffenden Dogmas gegen empirisch-wissenschaftliche und logische Einwände resistent. Statt sich mit nüchterner Rationalität der Kritik an den Glaubensinhalten zu erwehren, reagieren „Gläubige“ nicht selten äußerst aggressiv, was auf die emotionale Verankerung des Glaubensinhalts verweist. In der Regel enthalten Glaubensgebäude auch ein Unwiderlegbarkeitsdogma, das sie gegen alle empirisch-wissenschaftlichen und logischen Angriffe immunisieren soll. Der feste Glaube ist sozusagen ein starker Feind wissenschaftlicher Neugier.

Wenn wir den Menschen als Ergebnis der natürlichen und kulturellen Evolution wahrnehmen, so wird es schwer, sein Tun und Lassen anders als determiniert zu verstehen. Die Annahme einer Determiniertheit menschlichen Handelns² wird bisher zwar meist nur für die Erklärung des Verhaltens und Tuns des Individuums herangezogen, da aber geschichtliche Prozesse durch die Handlungen von Menschen entstehen, müsste für die Erklärung der geschichtlichen Entwicklung auch auf jene Determinationsfaktoren zurückgegriffen werden, denen die am historischen Prozess – mehr oder weniger stark – beteiligten Individuen ausgesetzt sind. Damit ist nicht gemeint, dass es einen „Pan-Determinismus“ im Sinne des Laplaceschen Dämons gäbe,³ aber immerhin besteht zwischen der Willensdetermination des Individuums und der Determination geschichtlicher Prozesse ein Wirkungszusammenhang derart, dass die Erklärung der determinierenden Einflüsse auf das Handeln von Individuen – insbesondere der „führenden“ – auch zur Erklärung geschichtlicher Abläufe mit heranzuziehen ist, was ja auch allenthalben geschieht. Der Zusammenhang von Produktionsverhältnissen, Sozialisationsbedingungen, Denk- und Verhaltensmustern der Menschen und damit der über Rückkopplungen zwischen Systemzwängen und adressierter Systemkonformität verlaufende Reproduktionsprozess der Produktionsverhältnisse ist als abstraktes Phänomen vielfach beschrieben und theoretisch analysiert worden. Die moderne Hirnforschung könnte jedoch dazu beitragen – und wird es irgendwann wahrscheinlich auch tun –, die bei jenen Vorgängen in den Gehirnen ablaufenden Prozesse, Veränderungen und Umstel-

lungen aufzudecken. Damit würde auch die Entstehung der erstaunlichen Komplementarität verständlicher gemacht werden, die zwischen den sozial-ökonomischen Systemeigenschaften und ihrem Niederschlag in den „Hirnverhältnissen“ des Individuums besteht, auf denen das Bewusstsein basiert. Genauerer Wissen über die interaktiven Prozesse zwischen dem das Individuum umgebenden kulturellen Makrosystem und individueller Determination bzw. den Determinationsresultaten, die sich in Denk- und Verhaltensweisen äußern, eröffnen neue, bisher unbekannte *Möglichkeiten* für die sozial-ökonomische Gestaltung. Dass wissenschaftliche Erkenntnisse auch missbraucht werden (können), bleibe nicht unerwähnt, aber dies zu verhindern, ist ja ebenfalls *möglich*.

Determination wissenschaftlich fundiert ernst zu nehmen, versperrt den ideologischen Ausweg, das Fehlverhalten von Menschen, insbesondere das so folgenreiche der Machthaber, als quasi unvorhersehbar und willkürlich, weil aus „freiem Willen“ resultierend einfach bei dem quasi als Monade vorgestellten Individuum zu verorten, um die Suche nach vorgelagerten Determinationseinflüssen zu unterbinden. Determination anzuerkennen, dürfte auch die Aufmerksamkeit und das Gedächtnis für die *Langfristigkeit* kausaler Abläufe schärfen, was zu mehr Vorsicht beitrüge und beispielsweise davor bewahrte, erneut der Eloquenz von Leuten zu erliegen, die bereits in der Vergangenheit Schaden angerichtet hatten – etwa Spekulanten, die auch den kleinen Sparer mit exorbitanten Renditeversprechen zur „Anlage“ zu verführen suchen.

Die Regierungen der kapitalistischen Länder hätten auf das Warnsignal des „Club of Rome“ von 1972 mit einer umfassenden, zukunftsgerichteten Umweltpolitik reagieren können, wenn – ja wenn – ihnen eine andere Einsicht und damit auch ein anderer Wille gegeben gewesen wäre. Im Sinne technisch-wirtschaftlicher Machbarkeit war das *möglich*. Die historischen Verhältnisse determinierten die Verantwortlichen jedoch dazu, die *mögliche* Alternative zu verwerfen. Die Situation wiederholt sich gegenwärtig. Die *Möglichkeit*, Reformen zu realisieren, um große Wirtschaftskrisen künftig auszuschließen, ist vorhanden, aber das Ausmaß der dazu notwendigen Reformen geht über die vom bestehenden System gezogenen Grenzen hinaus. Symptomatisch hierfür ist das von der schwarz-gelben Bundesregierung konzipierte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Es sei hier nicht erörtert, ob wegen der verschiedenen im Gesetz vorgesehenen klientelpolitischen Einschübe das Ganze sich nicht eher als Wachstumshindernis erweisen wird. Das weitaus brisantere Problem tritt in der überholten Vorstellung zutage, weiteres Wachstum brächte die Heilung der Krankheit, die die westkapitalistischen Länder seit drei Jahrzehnten erfolglos zu therapieren versuchten – nämlich Massenarbeitslosigkeit und Demontage der hart erkämpften sozialstaatlichen Fortschritte. Seit Beginn der amtlichen Arbeitslosenstatistik im Deutschen Reich zum Ausgang des 19. Jahrhunderts gab es in der deutschen Geschichte keine so lange Periode mit tendenziell sogar steigender Massenarbeitslosigkeit wie in der jüngeren Vergangenheit – seit Ende

der 1970er Jahre bis heute. Zu bedauern ist primär nicht einmal, dass Milliarden von Arbeitsstunden unwiederbringlich verloren gingen und die entsprechende Wertschöpfung ausfiel, sondern primär zu beklagen ist, dass die Lebenszeit der Arbeitslosen und ihrer Familien verdorben wurde – durch ständige Sorge, Angst, Frustration, Deprivationserfahrung, unverschämte Diffamierungen seitens der sich als tüchtig und erfolgreich gerierenden Pharisäer, depressive Verstimmung, Verzweiflung bis zum Suizid und allen anderen Folgen und Begleiterscheinungen der Massenarbeitslosigkeit. Darin bestehen die massiven Verletzungen der Menschenwürde und die riesigen Wohlstandsverluste der neoliberalistischen Ära seit den 1970er Jahren. Doch was determinierte die Millionen von Leidtragenden solcher Verhältnisse, sich nicht mit allen Mitteln dagegen zu wehren? Zur Antwort auf die Frage, welche Faktoren hier am Werke waren, werden hoffentlich bald die Neurobiologen beitragen.

ANMERKUNGEN

- 1 In der (neo)klassischen Wirtschaftstheorie wird die Selbstoptimierungsdoktrin durch ein mathematisch formalisiertes Modell quasi logisch zu beweisen versucht. Der so genannte Homo oeconomicus bildet die anthropologische Grundlage der Theorie. Die Homo-oeconomicus-Hypothese verlangt, dass der Mensch ausschließlich und immer als Nutzen- bzw. Gewinnmaximierer handelt und führt zu einer völlig überzogenen, damit unbrauchbaren Komplexitätsreduktion. Die Motivationsstruktur des Menschen ist eben nicht zulänglich abbildbar durch den Homo-oeconomicus-Typus, wie von den Anhängern dieser Theorie geglaubt wird, auch wenn diesem Typus von gewissen (kapitalistischen?) Verhältnissen besonders förderliche Sozialisationsbedingungen geboten werden.
- 2 Vgl. zum Determinismusproblem den Sammelband Grün/Friedman/Roth 2009. Die Determinismus-Debatte wurde durch die neuen Ergebnisse der Hirnforschung seit einiger Zeit außerordentlich belebt.
- 3 Dagegen spricht die Tatsache, dass im Zuge der wissenschaftlich-technischen Entwicklung neue Erkenntnisse und die korrespondierenden neuen Instrumentarien der Weltgestaltung zu prinzipiell unvorhersehbaren Verhaltensänderungen führen (können), also Emergenzen auftreten.

LITERATUR

Akerlof, George (2002): Interview mit ~; On Making Economics Realistic, in: Challenge, Jg. 45, H. 6, S. 6-20.

- Amin, Samir (2009): Seize the Crisis, in: *Monthly Review*, Jg. 1, H. 7, S. 1-16.
- Barnett, William A. (2007): Is Macroeconomics a Science? In: *Munich Personal RePEc Archiv (MPRA)*, online unter: <http://mpa.ub.uni-muenchen.de/415/>.
- Brenner, Robert (2002): Interview mit ~; The Boom, the Bubble, and the Future. *Challenge*, Jg. 45, H. 4, S. 6-19.
- Colander, David/Hans Föllmer/Michael Goldberg/Armin Haas/Katarina Juselius/Alan Kirman/Thomas Lux/Brigitte Sloth (2008): The Financial Crisis and the Systemic Failure of Academic Economics. Opinion paper 98, Dahlem Workshop, online unter: http://www.debtdeflation.com/-blogs/wp-content/uploads/papers/Dahlem_Report_EconCrisis21809.pdf, 3.4.2009.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt am Main.
- Dullien, Sebastian/Hansjörg Herr/Christian Kellermann (2009): Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste, Bielefeld.
- Easterlin, Richard (1974): Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence, in: Paul David/Melvin W. Reder (Hg.), *Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honour of Moses Abramovitz*, New York/London, S. 98-125.
- Foster, John Bellamy/Fred Magdoff (2009): *The Great Financial Crisis – Causes and Consequences*, New York.
- Fourastié, Jean (1954/1949): *Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts*, Köln-Deutz.
- Godley, Wynne/Alex Izurieta (2002): The Case for Severe Recession, in: *Challenge*, Jg. 45, H. 2, S. 27-51.
- Grün, Klaus-Jürgen (2009): Glaubensfragen – Die falsche Rede über Zuschreibung von Schuld und Verantwortung, in: Grün/Friedman/Roth (Hg.) (2009), S. 11-53.
- Grün, Klaus-Jürgen/Michel Friedman/Gerhard Roth (Hg.) (2009): *Entmoralisierung des Rechts. Maßstäbe der Hirnforschung für das Strafrecht*, Göttingen.
- Hackhausen, Jörg/Christian Panster (2010): Der nächsten Blase auf der Spur. Die Notenbanken fluten die Finanzmärkte mit billigem Geld. Investoren suchen händeringend nach Anlagen. Ein gefährliches Gemisch, in: *Handelsblatt*, Nr. 12, 19.1. 2010, S. 36f.
- Heilbroner, Robert L. (1988): *Behind the Veil of Economics. Essays in the Worldly Philosophy*, New York/London.
- Houseman, Gerald (2006): Joseph Stiglitz and the Critique of Free Market Analysis, in: *Challenge*, Jg. 49, H. 2, S. 52-62.
- Keen, Steve (2010): „Wir sind in der größten Finanzblase aller Zeiten“ (Interview mit ~), in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.1.2010.

- Keynes, John Maynard (1973): *Some Economic Consequences of a Declining Population*, in: ders. (Hg.), *Collected Writings*, Bd. 14, London-Basingstoke, S. 124-133.
- Keynes, John Maynard (1980/1943): *The Long-Term Problem of Full Employment*, in: ders. (Hg.), *Collected Writings*, Bd. 27, London-Basingstoke, S. 320-325 (deutsch in: Norbert Reuter (2007): *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief*, 2. Aufl., Marburg, S. 159-164).
- Keynes, John Maynard (2006): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, 10., verb. Aufl., Berlin.
- Leggewie, Claus/Harald Welzer (2009): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten – Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*, 2. Aufl., Frankfurt am Main.
- Lekachman, Robert (1977): *The Radical Keynes*, in: Robert Skidelsky (Hg.) (1977), *The End of the Keynesian Era. Essays on the disintegration of the Keynesian political economy*, London-Basingstoke, S. 59-66.
- Lenk, Kurt (2000a): *Ideologische Kontinuitäten und gesellschaftlicher Wandel*, in: Lenk 2009, S. 105-113.
- Lenk, Kurt (2000b): „Masse“ – eine vernachlässigte Kategorie, in: Lenk 2009, S. 218-223.
- Lenk, Kurt (2009): *Von Marx zur Kritischen Theorie – Dreißig Interventionen*, Münster.
- Lutz, Burkart (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/New York.
- Mattfeld, Harald (1985) (Hg.): *Keynes. Kommentierte Werkauswahl*, Hamburg.
- Meadows, Donella/Jørgen Randers/Dennis Meadows (2008): *Limits to Growth – the 30-year Update (2004)*, London/Sterling, VA.
- Müller, Hans Christian (2009): *Ökonomen huldigen Propheten des Untergangs. Hyman Minsky war mit seinen Thesen stets ein Außenseiter unter den Ökonomen. Doch die Finanzkrise hat ihn posthum zum Star gemacht*, in: *Handelsblatt*, Nr. 246, 21.12.2009, S. 18f.
- Reuter, Norbert (2000): *Ökonomik der „Langen Frist“ – Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften*, Marburg.
- Reuter, Norbert (2007): *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief*, 2. Aufl., Marburg.
- Skidelsky, Robert (1977) (Hg.): *The End of the Keynesian Era. Essays on the disintegration of the Keynesian political economy*, London-Basingstoke.
- Storbeck, Olaf (2010a): *Ein Triumph, der keiner ist. Warum unorthodoxe Ökonomen von der Krise ihres Faches nicht profitieren können*, in: *Handelsblatt*, Nr. 6, 11.1.2010, S. 21.

- Storbeck, Olaf (2010b): Wissenswert: China ist der größte Klimasünder der Welt. Doch selbst in der dreckigsten Stadt des Landes erzeugt ein Einwohner viel weniger CO₂ als in der saubersten der USA, in: Handelsblatt, Nr. 11, 18.1.2010, S. 21.
- Stratmann, Klaus (2009a): „Alle Länder müssen in die Pflicht“. In der Wirtschaft wächst die Angst vor zu großen Zugeständnissen Deutschlands und der Europäischen Union bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen. Ein Durchbruch steht aus, in: Handelsblatt, Nr. 243, 16.12.2009, S. 10f.
- Stratmann, Klaus (2009b): Ziemlich mieses Klima. Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist vor allem am Konflikt zwischen Arm und Reich gescheitert. Als die Großen der Weltpolitik die Richtung vorgaben, revoltierten die Kleinen – und siegten. Nicht nur die globale Klimapolitik ist am Tiefpunkt angelangt. Auch die Uno-Konferenzdiplomatie in ihrer heutigen Form ist am Ende. Handelsblatt, Nr. 246, 21.12.2009, S. 6f.
- Tillack, Hans Martin (2009): Die korrupte Republik. Über die einträgliche Kungelei von Politik, Bürokratie und Wirtschaft, Hamburg.
- Transparency (2009): Corruptions Perception Index 2009, online unter: <http://www.transparency.de/Regionale-Trends-in-der-Europa.1531.0.-html>, 16.1.2010.
- UNDP (2009) = United Nations Development Program (Hg.): Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung, Berlin.
- Wicksell, Knut (1958/1907): The Enigma of Business Cycles. International Economic Papers, Nr. 3, S. 58-74.
- Ziegler, Jean (2009): Der Hass auf den Westen – Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren, München.
- Zinn, Karl Georg (2008): Die Keynesische Alternative – Beiträge zur Keynesischen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik, Hamburg.
- Zinn, Karl Georg (2009a): Sättigung oder zwei Grenzen des Wachstums, in: Monde diplomatique, Jg. 15, H. 7 (Juli 2009), S. 10f.
- Zinn, Karl Georg (2009b): Krisenerklärung: Drei verlorene Jahrzehnte. Das Verhängnis ideologisch verfestigter Fehldiagnosen, in: Elmar Altvater et al. (Hg.), Krisen-Analysen, Hamburg, S. 119-145.

